

Positionspapier Runder Tisch Brasilien 2019

Keine Geschäfte mit Brasilien auf Kosten von Mensch und Natur!

Brasilien ist für deutsche Unternehmen und Schweizer Konzerne ein attraktiver Investitions- und Wachstumsmarkt. Außerdem ist Brasilien ein strategischer Partner für die Entwicklungszusammenarbeit der deutschen Bundesregierung. Seit 2019 hat Brasilien eine neue Regierung. Unter Bolsonaro nehmen Gewalt, Menschenrechtsverletzungen und Entwaldung zu. Die brasilianische Zivilgesellschaft wird in ihren Beteiligungsmöglichkeiten eingeschränkt, soziale Bewegungen werden vielfach kriminalisiert. Wirtschaftliches Wachstum durch Agrarausbau und Ressourcenabbau heißen die Prioritäten der Regierung Bolsonaro. Europäische Unternehmen und Regierungen müssen sicherstellen, dass wirtschaftliche Aktivitäten in einem Schwellenland wie Brasilien nicht Menschenrechtsverletzungen oder Umweltschädigungen in Kauf nehmen bzw. sich die Verursacher im Schadensfall aus der Verantwortung stehlen.

Im Einzelnen prangern wir Folgendes an:

- Durch den Dambruch bei einer brasilianischen Eisenerzmine starben in Brumadinho über 270 Menschen – obwohl der TÜV Süd Brasilien kurz zuvor die Sicherheit des Damms zertifiziert hat. Die Opfer kämpfen immer noch um Entschädigung und darum, die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen. Zuletzt wurde gegen TÜV Süd und einen Mitarbeiter in Deutschland Anzeige erstattet. Ungefähr die Hälfte der von Deutschland importierten Eisenerze stammt aus Brasilien.
- Bayer, BASF und Syngenta vertreiben in Brasilien Wirkstoffe für Pestizide, die in der EU nicht zugelassen sind. Jährlich werden in Brasilien mehr als 6.000 Fälle von Pestizidvergiftungen gemeldet, Tendenz steigend. In jeder vierten Gemeinde finden sich zudem Rückstände von mehreren Pestiziden im Trinkwasser. Dafür sind auch europäische Konzerne verantwortlich.
- Im Jahr 2018 hat Deutschland Rüstungsgüter im Wert von 79 Millionen Euro nach Brasilien exportiert, damit war Brasilien 16.-größter Empfänger deutscher Waffenexporte. Brasilien ist auch einer der Hauptimporteure Schweizer Waffen. 2017 wurden Schweizer Rüstungsgüter im Wert von 33 Millionen Euro nach Brasilien exportiert. Mit deutschen und Schweizer Waffen werden schwere Menschenrechtsverletzungen begangen, beispielsweise der Mord an der schwarzen Abgeordneten Marielle Franco.
- Im Jahr 2018 wurden in Brasilien über 60.000 Menschen Opfer tödlicher Gewalt, 6.000 Menschen davon wurden Opfer von Polizeigewalt. Beispielsweise wird in São Paulo eine von fünf gewaltsamen Tötungen durch die Polizei begangen, viele der Opfer sind Kinder und Unbeteiligte. Die Straflosigkeit bei Gewalttaten ist in Brasilien extrem hoch, auch bei Fällen von Polizeigewalt. Präsident Bolsonaro und Mitglieder seiner Regierung fordern von der Polizei öffentlich hartes Durchgreifen und garantieren Polizistinnen und Polizisten weitgehende Straffreiheit.

Der Runde Tisch Brasilien fordert:

- Stärkung indigener Völker und traditioneller Gemeinschaften in der Durchsetzung territorialer Ansprüche und in ihrem Beitrag zum Erhalt von Naturressourcen.
- Ratifizierung der ILO-Konvention 169, da sie Indigenen bei Großprojekten auf indigenem Land ein Konsultations- und Mitspracherecht garantiert. Die deutsche Bundesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag die Ratifizierung festgelegt. Die Umsetzung steht noch aus.
- Verbot von Equipment-Lieferungen für Bergbauaktivitäten in indigenen Gebieten. Unternehmen sollen weder Maschinen und Dienstleistungen liefern, noch Produkte importieren, deren Herstellung mit der Verletzung der Rechte indigener Völker einhergeht.
- Ein Lieferkettengesetz, das deutsche Unternehmen (in der Schweiz: Konzernverantwortungsinitiative) zur menschenrechtlichen und ökologischen Sorgfalt in ihren Wertschöpfungsketten verpflichtet – von der Rohstoffgewinnung bis zur Entsorgung. Bei Missachtung sollen Unternehmen mit Bußgeld belegt und von öffentlicher Förderung ausgeschlossen werden. Wenn deutsche oder Schweizer Unternehmen dadurch zu vorhersehbaren und vermeidbaren Schäden beitragen, sollen Betroffene auch vor deutschen bzw. Schweizer Zivilgerichten Schadensersatz einklagen können (siehe Kampagnen lieferkettengesetz.de / konzern-initiative.ch).
- Bei Rohstoffen, die über die Schweiz und Deutschland gehandelt werden, muss offengelegt werden, wo und unter welchen Bedingungen sie gefördert wurden. Nur so kann die Einhaltung von Menschenrechten und Umweltstandards gewährleistet werden.
- Ablehnung der vorliegenden Handelsabkommen zwischen der EU und Mercosur bzw. EFTA und Mercosur, da sie die brasilianischen Exporte von Rindfleisch, Soja und Ethanol erleichtern und damit Entwaldung, Klimawandel und Menschenrechtsverletzungen fördern.
Ein etwaiger Vertrag muss rechtlich verbindliche Umwelt- und Sozialstandards enthalten.
- Konzerne mit Sitz in der EU und der Schweiz dürfen auch in anderen Ländern keine Pestizide verkaufen, die in der EU und der Schweiz verboten sind.
- Garantie von Menschenrechten, sowie Umwelt- und Klimaschutz bei bilateralen Regierungsverhandlungen und -vereinbarungen. Transparenz und Beteiligung der Zivilgesellschaft an Entwicklungsprozessen.
- Einsatz der deutschen und Schweizer Regierungen für einen UN-Treaty zu *extraterritorial obligations* (ETOs), der transnationale Konzerne rechtsverbindlich zu verantwortlichem Wirtschaften verpflichtet.
- Stopp aller Waffenexporte nach Brasilien, insbesondere von Kleinwaffen und Munition sowie eine strikte Kontrolle des Endverbleibs schon gelieferter Waffen. Die deutsche und Schweizer Regierung muss sich einsetzen gegen Straflosigkeit und Polizeigewalt in Brasilien.

Weimar, 10. November 2019 | hier unterzeichnen: <https://kobra.typeform.com/to/jG2yeF>